

„Keine Vermögensteuer“

Finanzen Parteivize Thorsten Schäfer-Gümbel über das SPD-Steuerkonzept und den Nachfolger von Wolfgang Schäuble

SPIEGEL: Herr Schäfer-Gümbel, die SPD hat bei der Wahl 2013 auch deshalb schlechter als erhofft abgeschnitten, weil sie Steuererhöhungen ankündigte. Was droht dieses Mal?

Schäfer-Gümbel: Die SPD tritt für mehr Steuergerechtigkeit ein. Internationale Konzerne wie Amazon müssen ordentlich Steuern zahlen. Wenn uns das nicht gelingt, haben die Menschen kein Verständnis dafür, dass ihre Steuererklärung hart geprüft wird.

SPIEGEL: Fordern Sie trotz der Milliardenüberschüsse im Haushalt noch immer Steuererhöhungen?

Schäfer-Gümbel: Uns geht es darum, die Finanzierung des Staates gerechter zu gestalten. Deshalb wollen wir gezielt kleine und mittlere Einkommen um rund zehn Milliarden Euro pro Jahr entlasten.

SPIEGEL: Was heißt das konkret?

Schäfer-Gümbel: Neun von zehn Menschen würden profitieren: Alleinverdiener, die bis zu 53 000 Euro im Jahr verdienen, und Verheiratete, bei denen es maximal das Doppelte ist.

SPIEGEL: Und alle anderen sollen CDU oder FDP wählen?

Schäfer-Gümbel: Nein. Auch gut verdienende Menschen wollen gute Schulen und Unis und ordentliche Straßen.

Deshalb wollen wir den Spitzensteuersatz maßvoll anheben, allerdings soll er für höhere Einkommen gelten als derzeit. Vor allem Topverdiener müssen einen größeren Beitrag leisten. Wer als Alleinverdiener mehr als rund 240 000 Euro zu versteuerndes Einkommen hat, zahlt dann die Reichensteuer von 48 Prozent.

SPIEGEL: Spürbare Senkungen bei niedrigen Einkommen kosten mehr, als Erhöhungen bei hohen Einkommen einbringen. Wollen Sie das gegenfinanzieren?

Schäfer-Gümbel: Ja. Es gibt in Deutschland 1,2 Millionen Vermögensmillionäre, das bedeutet Platz drei hinter den USA und Japan. Wir brauchen ein starkes Instrument zur Vermögensbesteuerung.

SPIEGEL: Sie meinen die Vermögenssteuer, den SPD-Dauerbrenner?

Schäfer-Gümbel: Ich empfehle meiner Partei, keine Forderung nach einer Vermögenssteuer ins Programm zu nehmen. Wir haben das intensiv geprüft. Stattdessen wollen wir eine bessere Erbschaftsteuer.

SPIEGEL: Sie selbst haben die Vermögenssteuer lange befürwortet. Wie kommt es zu dem Sinneswandel?

Schäfer-Gümbel: Die SPD sollte nichts fordern, was nicht umsetzbar ist. Die Vermögenssteuer ist verfassungsrechtlich machbar und bürokratisch überschaubar. Aber Firmen in wirtschaftlicher Schieflage können durch die Vermögenssteuer existenziell belastet werden.

SPIEGEL: Haben Sie dafür keine pragmatische Lösung gefunden?

Schäfer-Gümbel: Es gibt derzeit kein Rezept, das nicht erhebliche Risiken birgt. Der Königsweg zur Wiederherstellung von mehr Gerechtigkeit bei den Vermögen ist die Besteuerung großer Erbschaften.

SPIEGEL: Der Charme der Vermögenssteuer besteht darin, dass sich kaum jemand für vermögend hält. Allerdings rechnen viele Menschen damit, dass sie erben werden. Entsprechend groß ist die Sorge.

Schäfer-Gümbel: Jeder möchte seinen Kindern etwas vererben. Wir legen so hohe Freibeträge fest, dass Omas Häuschen nicht betroffen ist. Wer aber ohne eigene Leistung die Millionenvilla samt Limousine erbt, kann mehr zu guten Straßen und Schulen beitragen.

SPIEGEL: Grüne und Linkspartei fordern noch eine Vermögenssteuer. Ist das sozialdemokratische Nein dazu auch eine Absage an Rot-Rot-Grün?

Schäfer-Gümbel: Wir machen einen praktikablen Vorschlag, wie sich mehr Gerechtigkeit schaffen lässt.

SPIEGEL: Vieles von Ihrem Konzept könnten Sie mit der CDU umsetzen. Ist Wolfgang Schäuble schon eingeweiht?

Schäfer-Gümbel: Echte Steuergerechtigkeit ist mit Herrn Schäuble nicht zu machen. Weil das Thema für uns wichtig ist, müssen wir den nächsten Finanzminister stellen.

Interview: Sven Böll, Florian Gathmann



Fahrplan so konsequent eingehalten haben.“ Aus Sicht des Vorsitzenden ist der Terminplan zu einer Frage seiner Autorität geworden.

Doch nun ist diese Selbstgewissheit bedroht. Kurz vor Ablauf der verordneten Frist gerät Sand ins Getriebe. Gabriel hat bei seinen Planungen offenbar vergessen, dass Steinmeiers Nachfolger an der Spitze des Auswärtigen Amtes, also wahrscheinlich Ex-EU-Parlamentspräsident Martin Schulz, vor dem Bundestag den Eid leisten muss. Erst dann darf er die Amtsgeschäfte aufnehmen.

Beharrt Gabriel auf dem 29. Januar, wäre da ein Problem: Danach folgen zwei sitzungsfreie Wochen, eine Sondersitzung müsste einberufen werden. Doch dass sich auch Bundestagspräsident Norbert Lammert nach Gabriels Terminplänen richtet, ist eher unwahrscheinlich. „Bis jetzt gibt es keine Hinweise oder Indizien, dass es zu einer Sondersitzung des Bundestags kommt“, so Lammerts Sprecher.

Gabriel könnte also gezwungen sein, Steinmeiers Nachfolger bereits Anfang kommender Woche zu benennen. Er droht die Herrschaft über das Verfahren zu verlieren. Hinzu kommen Gerüchte, Gabriel könnte als Wirtschaftsminister zurücktreten, wenn er sich zur Kanzlerkandidatur entscheidet.

Parteisprecher Tobias Dünow dementiert alle Spekulationen: Es sei „völlig ausgeschlossen“, dass vor dem 29. Januar über den Außenminister entschieden werde und Gabriel als Wirtschaftsminister zurücktrete. Trotzdem nahmen Druck und Gesprächsbedarf gegen Ende dieser Woche in der Parteispitze erverkennbar zu. Ein Führungsgenosse sagt: „Der 29. Januar geht nicht auf. Die Entscheidungen müssen vorher fallen.“

Selbst wenn Gabriel seine Agenda trotz aller Widrigkeiten durchhält: Es gibt noch einen Terminplan, der für den Vorsitzenden ein maximales Risiko birgt. Gerade einmal zwei Wochen nach der Schicksalswahl in Nordrhein-Westfalen soll der Herausforderer von Angela Merkel auf einem Sonderparteitag offiziell gekürt werden. Natürlich gilt das Ergebnis für den Kandidaten als Gradmesser für seinen Rückhalt in der Partei, sämtliche SPD-Kanzlerkandidaten der letzten 35 Jahre wurden mit mehr als 93 Prozent ins Rennen geschickt.

Nach einer verlorenen Wahl im bevölkerungsreichsten Bundesland und einem Machtverlust seiner Fürsprecherin Kraft wären 90 Prozent für einen Kanzlerkandidaten Gabriel undenkbar.

Es ist erst ein gutes Jahr her, dass der Vorsitzende bei seiner Wiederwahl auf dem Parteitag gerade einmal 74,3 Prozent erhielt.

Sven Böll, Horand Knap, Barbara Schmid, Severin Weiland